

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 12

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

An der internationalen kommunistischen Konferenz in Moskau wird Politik kaum gemacht, aber schon eher mitgeteilt und am allerehesten akzeptiert.

Das Treffen repräsentiert die kommunistische Weltbewegung natürlich nicht und hätte das ja auch zu keinem Zeitpunkt tun können, seitdem das «Lager» gespalten ist. Aber es repräsentiert den Status quo mit seiner gegenwärtigen Gewichtsverteilung. Und damit widerspiegelt es auch recht getreulich die dominierende Machtstellung der Sowjetunion, die nicht zuletzt gerade bei jenen Teilnehmern zum Ausdruck kommt, die sich ihr in ihren jeweiligen nationalen Erklärungen mit mehr oder weniger Ueberzeugungskraft, aber einheitlicher Unwirksamkeit «widersetzen».

Vor zwei Jahren noch schien der Polyzentrismus eine Kraft zu sein, die im Kommen war. Heute ist er eine schon erheblich abgeschwächte Deklamationsübung, die sich im Rhetorischen erschöpft und an den gegebenen Machtverhältnissen nichts zu verändern vermag und vielleicht schon gar nicht so sehr verändern will.

Dass es Moskau «nicht mehr gelingt», seine Generallinie allen regierenden und nichtregierenden KPs aufzuzwingen, ist eine Feststellung, die wohl mit Bezug auf die immerhin schon ziemlich weit entfernte Vergangenheit vor dem Bruch mit China zutrifft, aber der Fluss des gegenwärtigen Ablaufs wird damit nicht ge-

troffen. Vielmehr ist es heute der gegenwärtigen KPdSU-Führung gelungen, eine Heerschau abzuhalten, die sie fünf Jahre lang nicht verwirklichen konnte.

Dass es der Kreml nicht fertig bringt, wie in den ältesten guten Zeiten von seinen Partnern ein detailliertes Credo für sämtliche Punkte seiner Politik zu erhalten, ist keineswegs eine akute Blamage für Moskau, wie manche meinen, sondern bloss eine Selbstverständlichkeit unserer zweiten Jahrhunderthälfte. Dagegen ist es ein akuter Erfolg für Moskau, dass trotz China und trotz der Tschechoslowakei so viele Vertreter des internationalen Kommunismus in das sowjetische Zentrum kommen und dort eine gemeinsame Deklaration unterschreiben, welche die grundlegende Gemeinsamkeit bestätigt. Natürlich bleibt in diesem oder jenem Fall eine «reservatio mentalis» vorbehalten, aber erstens ist diese machtpolitisch nicht von so überaus grossem Gewicht, und zweitens ist nicht zu vergessen, dass viele kommunistische Parteien namentlich im Westen auch gegenüber ihren eigenen Vorbehalten eine «reservatio mentalis» machen, mit anderen Worten, dass ihre deklarierte Selbständigkeit vis-à-vis Moskau ihren Teil an Heuchelei hat.

Seitdem Komintern und Kominform zu existieren aufgehört haben, gab es bisher zwei kommunistische Weltkonferenzen, welche sozusagen ersatzweise die allgemeingültigen Regeln der Weltbewegung definieren sollten. Das war 1957 und 1960. Nachträglich wurde man gewahr, dass das schon damals nicht mehr möglich war, weil der sino-sowjetische Bruch

sich bereits zu deutlich abzeichnete. Der Kommunismus hatte sich ein zweites Riesenreich erobert, und die logische Konsequenz eines zweiten Zentrums stellte sich ein, was nicht von der Tatsache her, sondern nur vom Zeitpunkt her überraschend war, da diese Entwicklung früher einsetzte als man erwartet hätte.

Waren die Differenzen 1960 notdürftig überkittet worden, so traten sie in den folgenden Jahren offen zum Vorschein, und das wurde nun graduell Anlass zu allgemeinen Auflösungserscheinungen sowohl im «sozialistischen Lager», das heisst in den Ländern mit regierenden kommunistischen Parteien, als auch bei den weltweiten Mitgliederorganisationen. Die Tatsache eines Streits zwischen den zwei grossen Brüdern, von denen keiner den andern zur Raison bringen konnte, vergrösserte den Spielraum für die kleineren Geschwister. Die Bipolarität im Grossen ermöglichte die Abart des Polyzentrismus im Kleinen, und der Kommunismus wurde in zunehmendem Masse zur Auswahlendung.

Das alte Moskauer Zentrum reagierte auf diese Zeittendenz zunächst so, dass es sie trotz ihres bedrohlichen Charakters sozusagen gut hiess, um sie zu seinen eigenen Gunsten gegenüber China auszuspielen. Mit seiner eigenen Absage an die stalinistische Vergangenheit, als deren Fortsetzung China dargestellt wurde, gedachte es die Regungen zur Bewegungsfreiheit gegen seinen Rivalen auszuspielen. In jener Zeit machte der Polyzentrismus also deshalb relativ leichte Fortschritte, weil Moskau in dieser

Frankophonie etzt ohne Nachhilfe?

General de Gaulles Rücktritt als Staatspräsident eigt viele Folgen, und einige werden erst nach Monaten sichtbar werden. Eine Annäherung Frankreichs an Westeuropa und die Atlantik-Gruppe ist unvermeidlich — ob nun unter Pompidou oder Poher. Eine wenn auch beschleiene Stärkung der NATO wird vermutlich rasch ichtbar werden, desgleichen ein neuer Optimismus in der EWG. Dies vor allem dürfte einige isherige Lippenkritiker des Generals in Schwieigkeiten bringen: allzu viele haben sich bequem inter de Gaulles Nein zu Europa verschanz.

or recht tiefgreifenden Aenderungen dürfte ber auch ein Gebiet stehen, das sich Präsident e Gaulle als persönliche Domäne vorbehalten nd in dem er sich abseits der Oeffentlichkeit ewegt hat: die Frankophonie. Hier hat de Gaulle eine Politik betrieben, in der imperialistische Elemente enthalten waren. Wurde hier ein ompensationsbedürfnis ausgelebt von einem Mann, der sich seiner Visionen rühmte, und der och 1944 ausrief: «Das Ziel der Zivilisierungsrebeit, die Frankreich in seinen Besitzungen leitet, verbietet jede Autonomie und jede Mögchkeit einer Entwicklung ausserhalb des französischen Imperiums. Eine Selbstverwaltung der olonien, sogar in ferner Zukunft, ist ausgeschlossen.»

afür, dass hier Aenderungen bevorstehen, rpricht der bemerkenswerte Umstand, dass

Jacques Foccart einer der ersten war, die nach Präsident de Gaulle demissionierten. Foccart war «Generalsekretär der Präsidentschaft der Republik für die französischen Uebersee-Gebiete, Afrika und Madagaskar» und als solcher die rechte Hand de Gaulles in Fragen der Frankophonie. Darüber hinaus galt Foccart als einer der einflussreichsten Männer in der Umgebung de Gaulles, der die Sicherheitsprobleme koordinierte und nachrichtendienstliche Verantwortung trug.

Die Unterstützung von Separatistenbewegungen in Ländern mit französischsprachigen Bevölkerungsteilen wurde über Foccart geleitet. Offizielle und offene Unterstützung wurde der Frankophonie gewährt, der kulturellen Solidarität der französischsprachigen Völker. Unter der Hand und versteckt wurden illegale separatistische Bewegungen durch französische Tarnorganisationen unterstützt.

Die wichtigste solcher Tarnorganisationen ist «La Nouvelle Ecole», 1958 unter dem Namen «Patrie et Progrès» von Philippe Rossillon mit Billigung von General de Gaulle gegründet. Rossillon stand Foccart nahe und ist jetzt durch die Demission des letzteren gefährdet.

Die offizielle und eher kulturelle Unterstützung wurde in Kanada dem «Rassemblement pour l'Indépendance Nationale» zuteil, in der Schweiz dem «Rassemblement Jurassien». Beide Organisationen verfügen in überraschender Uebereinstimmung über eine illegale, extremistische Organisation: «Front de libération du Québec» in Kanada, «Front de la libération jurassien» in der

Schweiz. Diese Organisationen erhielten bislang Finanz- und Ausbildungshilfe aus Paris. Aehnliche Feststellungen wurden in Belgien veröffentlicht, wo der Sprachenstreit zum Teil mit französischer Hilfe angeheizt worden sein soll.

Die bisherige französische Einstellung gegenüber diesen extremistischen Separatisten geht unter anderem auch aus der Abweisung des Auslieferungsbegehrens für den jurassischen Terroristen Jean-Baptiste Hennin hervor. Hennin flüchtete im Oktober 1966 nach Frankreich und musste trotz mehreren schweizerischen Demarchen vor kurzer Zeit im Abwesenheitsverfahren zu 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt werden. Das Paris de Gaulles stellte sich auf den Standpunkt, dass Hennin ein politisches Delikt begangen habe.

Diese Auffassung ist in rechtsstaatlicher Sicht kaum haltbar. Als asylwürdige Delikte politischer Natur können vernünftigerweise nur solche betrachtet werden, die nach Erschöpfung aller anderen Protestmöglichkeiten im Sinne einer unausweichlichen Verzweigungstat begangen werden. Politische Delikte können also nur vorliegen, wenn die Freiheitsrechte erheblich beschnitten sind.

Daher kam in der französischen Asylgewährung für Hennin eine politische Haltung zum Ausdruck. Man darf damit rechnen, dass in mehreren Monaten eine Aenderung der französischen Haltung unter de Gaulles Nachfolger sichtbar werden wird. Möglicherweise werden sich die illegalen Extremistenorganisationen zu Verzweigungstaten hinreissen lassen. Langfristig aber dürfte sich der kanadische, belgische und schweizerische Minoritätenstreit eher beruhigen. P. S.

Entwicklung neben den Gefahren auch Vorteile sah.

Wer aber deshalb diese Richtung als zwangsläufig und unaufhaltbar ansah, übersah, dass das sowjetische Alternativverhalten, in einer Stärkung der eigenen Reihen, potentiell immer als Möglichkeit vorhanden war, falls die Politik des Zulassens Schiffbruch erleiden sollte. Und tatsächlich wurde ihr internationales Versagen, vor allem schon im eigenen «Lagerteil», gegen Ende der Chruschtschewschina immer deutlicher. Chruschtschew hatte noch Ende 1964 eine Weltkonferenz einberufen wollen, um dank der Unterstützung der mit larger Führung belohnten Satelliten und Bruderparteien seine Abrechnung mit China durchführen zu können. Aber er wurde gestürzt, bevor das Treffen stattfinden konnte, unter anderem vielleicht deshalb, weil sich der Misserfolg dieser Politik abzeichnete. Denn es zeigte sich plausiblerweise, dass die Kleinen, welche von der relativen Toleranz des einen Zentrums in seinem Kampfe gegen das andere Zentrum profitierten, ihres

Vorteils nicht dadurch verlustig gehen wollten, dass sie mit der Isolierung Chinas wieder den alten Zustand der straffen Führung wiederherzustellen halfen. Die Dankbarkeit, das musste man in Moskau enttäuscht feststellen, galt nicht der sowjetischen Führung, sondern dem Zwist. Damit war für Moskau der Zeitpunkt der Erkenntnis gekommen, dass sich in der Auseinandersetzung mit China die liberale Behandlung des Gefolges nicht bezahlt machte, sondern vielmehr zu einer eigengesetzlichen Liberalisierung führte, die Moskau nicht mehr stärkte, sondern schwächte. Deshalb hat sich die sowjetische Führung, allmählich erst und dann immer resoluter, von der Politik der Werbung abgewandt und die Politik des konsequenten Macht- und Autoritätszuwachses verfolgt. Es ist nicht zu leugnen, dass sie damit Erfolge gehabt hat. Noch nie war die sowjetische Einflussphäre geographisch so gross wie heute. Und die Disziplin innerhalb des eigenen Machtgebietes erreicht zwar noch nicht ganz einen

All-Time-Rekord, hat aber dank der Rückkehr zur direkten Einschüchterung, Gewaltanwendung und Drohung wenigstens für die nachstalinische Zeit präzedenzlose Ausmasse erreicht.

Bei diesem neuen Kurs bestand nun das Risiko, dass der Erfolg im eigentlichen Machtgebiet durch einen Misserfolg bei jenen nichtregierenden Kommunisten zu bezahlen sein werde, welche im nichtkommunistischen Ausland der Einschüchterung und Gewaltanwendung nicht direkt unterworfen werden konnten. Nun, wir hatten kurz vor dem Einmarsch in die CSSR im Hinblick auf jene Eventualität gesagt (siehe Nr. 17/1968), dass diese Gefahr für die Sowjetunion nicht gross und nicht dauernd sein werde. Auch im Kreml wird man ähnlich kalkuliert haben. Und das jetzige Kommunistentreffen ist — Unbehaglichkeiten hin oder her — der Beweis dafür, dass sogar diese Rechnung für den Kreml aufgegangen ist.

Christian Brügger

Lateinamerika-Uebersicht

(Fortsetzung von Seite 5)

torität, um den Mitgliedern bestimmte Massnahmen oder Projekte aufzuzwingen.

Wann kommen die diplomatischen Beziehungen zu Havanna?

Zurzeit bestehen Mutmassungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum castristischen Regime in Havanna und die Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten (OEA). Jedenfalls scheinen Venezuela, Chile und Uruguay eine Initiative in dieser Richtung zu befürworten. Ihre objektive Rechtfertigung ist eine andere Frage. Als Kuba 1964 aus der kontinentalen Organisation ausgeschlossen wurde, war das entscheidende Argument die nachgewiesene Einnischung der Castro-Regierung in die internen Angelegenheiten mehrerer lateinamerikanischer Staaten. In dieser Hinsicht hat sich jedoch nichts geändert. Offenbar benutzt Castro jetzt den Grund seiner seinerzeitigen Ausstossung, nämlich die Einnischung, als Pfand, indem er die Wiederaufnahme Kubas in die OEA mit dem Angebot erkaufte, sich der weiteren Intervention zu enthalten. Havannas gestiegenes Prestige in Lateinamerika und der Wunsch verschiedener Regierungen, sich mit der Gegenseite zu arrangieren, um der Opposition zuvorzukommen, helfen ihm dabei. So würde diese «Normalisierung» unter dem Vorzeichen der Schwäche und nicht der Stärke stehen.

Wie man sieht, wird an Ort getreten: Plus ça change, plus c'est la même chose. Ist Castro erst wieder in den lateinamerikanischen Hauptstädten diplomatisch vertreten, dürfte es klar sein, dass er seine Emissäre kaum nur zur Erfüllung des Protokolls entsenden wird.

Die Jugend in Lateinamerika (wie auch im restlichen Teil der Welt) sucht Abenteuer, und die Kubaner haben den Ruf, diese grosszügig zu organisieren. Die Guerillas haben als Jugendattraktion den Platz der Boy Scouts eingenommen, wobei sie allerdings bedeutend weniger harmlos sind

als die seinerzeit vom seligen Lord Baden-Powell aufgestellten Pfadfinder.

Besonders schlimm sieht es in Chile aus, wo sogar die jungen Christdemokraten gegen den Leiter ihrer Partei, den Staatspräsidenten Eduardo Frei, aufbegehren. Bei der Wahl des neuen Jugendvorstandes der Partei hat der «Rebellen-Sektor» einen überwältigenden Sieg davongetragen. Die Gruppe, die eine ganz offen prokommunistische Tendenz zeigt, hat eine Resolution gebilligt, in der es heisst, die Partei müsse «ihre Zweideutigkeit aufgeben und sich der Linken (den Kommunisten und den prochinesischen Sozialisten, die übrigens untereinander verstritten sind) anschliessen».

Der Stand der Gewalt

Der USA-Botschafter bei der OEA, Sol Linowitz, hat Washington vor der Möglichkeit «neuer Vietnams vor den Toren der Vereinigten Staaten» gewarnt. Die Gefahr sehr harter Zusammenstösse im Kontinent ist keinesfalls auszuschliessen, obgleich die Zukunftsaussichten castristischer Guerillas düster sind.

Der Tod des Präsidenten Boliviens, René Barrientos, erfolgte nach einer Serie von mindestens sieben missglückten Anschlägen auf sein Leben. Die Version, wonach der Helikopter, den er flog, in ein elektrisches Kabel geriet, ist nicht sehr überzeugend, schon weil es Indizien gibt, dass eine Zeitbombe in den vor dem Abflug unbewachten Hubschrauber gelegt worden war. Was die Kommunisten mit dem Tod von Barrientos politisch gewonnen haben, steht noch aus. Man erwartet, dass der voraussichtliche Nachfolger Barrientos, General Alfredo Ovando Vandía (früherer Ko-Präsident zusammen mit Barrientos und zurzeit der starke Mann Boliviens, der bei den nächsten Wahlen kandidieren und sie wahrscheinlich auch gewinnen wird), noch entschlossener gegen die Subversion vorgeht. Aber vielleicht gehört die Verhärtung der Fronten mit zur Kalkulation der Attentäter.

Die lateinamerikanischen Guerillas werden allerdings vom Problem interner Spaltung geplagt. Der Versuch zur Schlichtung ist vielleicht dem dominikanischen Bandenführer und ehemaligen

Militärattaché im Haag, Francisco Caamano Deno übertragen worden. Seine Anwesenheit in Venezuela, wo er eine Partisanengruppe leiten soll, ist bestätigt worden. Andererseits sind die Hoffnungen der venezolanischen Regierungskommission, ungefähr 200 Aufständische der «Nationalen Befreiungsfront» (FNL—wieder in das Leben der Nation einzugliedern, unterdessen einem starken Pessimismus gewichen. Anlass war die Veröffentlichung eines Briefes des vor kurzem aus Kuba zurückgekehrten Rebellenführers Douglas Bravo. In diesem Schreiben erklärte er unmissverständlich, er und seine Leute würden weiterhin mit der Waffe in der Hand kämpfen.

Auch weiter nördlich machen sich die Guerillas bemerkbar. In Mittelamerika erklärte der Kommandant der salvadorianischen Nationalgarde, er habe Beweise für das Bestehen eines Guerillaplans, der El Salvador, Nicaragua, Honduras und Guatemala umfasst. Eine grosse subversive Aktion sollte in El Salvador von der «Acion Revolucionaria Salvadorenä» durchgeführt werden, mittels öffentlicher Kundgebungen, um die Behörden herauszufordern. Auch in Kolumbien sind die Dinge in Bewegung. Dort etwa wurden eben elf Partisanen in der Nähe von Medellín gefangen genommen. Bei dieser Gelegenheit beschlagnahmte man eine grosse Anzahl militärischer Ausrüstungen, Geld, Drogen, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Propagandamaterial und eine komplette Ausrüstung für eine Guerillagruppe von 19 Mann.

Der Besuch des deutschen alt Bundeskanzlers Erhard in Lateinamerika und seine Ausführungen haben einige Wirtschaftsfachleute hier verärgert. Seine Ansichten, dass die lateinamerikanischen Länder protektionistische Zölle abschaffen sollten, auch wenn dadurch einige junge Industriezweige konkurrenzunfähig werden sollten (er bezeichnete es beispielsweise als «absurd», dass ein in Argentinien hergestellter Fiat 600 genauso viel kostet wie in Deutschland ein Mercedes-Benz) und dass die lateinamerikanische Freihandelszone (ALAIIC) notwendigerweise versagen müsse (die ALAIIC ist nach dem Muster der EFTA aufgebaut und nicht der EGW) fanden logischerweise eher Kritik als Anklage. ■